

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernd Schimmler (SPD)

vom 06. April 2005 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. April 2005) und **Antwort**

Rechtsradikale Schülerzeitungen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Sind dem Senat Berichte eines renommierten Informationsdienstes über rechtsradikale Bestrebungen (bnr) bekannt, wonach - unter anderem durch Rechts-Rock-Konzerte finanzierte - Schülerzeitungen ab dem zweiten Quartal an den deutschen Schulen verteilt werden sollen?

Zu 1.: Nein.

2. Welcher Möglichkeiten sieht der Senat

- a) die Schulen hierüber zu informieren, damit überhaupt bekannt wird, ob solche Publikationen an oder vor Berliner Schulen verteilt werden,
- b) eine Verteilung an den Berliner Schulen zu verhindern?

Zu 2.: Wie bereits im vergangenen Herbst, als vom Landeskriminalamt auf die Gefahr einer kostenlosen Verteilung von CDs mit rechtsextremistischem Inhalt vor Berliner Schulen hingewiesen wurde und dies durch eine rechtzeitige Information der Berliner Schulen verhindert werden konnte, kann durch rechtzeitige Information der Schulaufsicht in den Außenstellen sowie der Schulleitungen eine Verteilung verhindert werden. Bisher liegen keine Erkenntnisse vor, dass es bereits zu einer Verteilung gekommen sein könnte.

3. Werden internetfähige Personalcomputer an den Berliner Schulen stichprobenweise oder regelmäßig auf E-Mails, Chats oder das Abfragen von Homepages jeweils mit rechtsradikalen und verfassungsfeindlichen Hintergrund überprüft?

Zu 3.: Die regelmäßige Überprüfung der PC an den Schulen liegt in der Verantwortung der Schulleitung. Stichprobenartige Nachfragen bei Schulleitungen ergaben, dass diese dafür Sorge tragen, dass die Homepages, Chats und Mails kontrolliert werden und bei entspre-

chenden Vorkommnissen das Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern gesucht bzw. im Falle von anzeigepflichtigen Tatbeständen die Polizei, ggf. der Verfassungsschutz einbezogen wird. Darüber hinaus sind die Schulen durch einschlägige Rundschreiben, zuletzt durch das RS I Nr. 41/2003 „Hinsehen und Handeln“ vom 16. April 2003 über die Meldepflicht informiert.

Berlin, den 10. Mai 2005

Klaus Böger
Senator für Bildung, Jugend und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Mai 2005)